



**DELEGATION FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN
GOLFSTAATEN, EINSCHLISSLICH JEMEN**

9. Interparlamentarisches Treffen Europäisches Parlament/Saudi-Arabien

25.-30. Oktober 2008

**Bericht von Tobias Pflüger,
stellvertretender und amtierender Vorsitzender der Delegation**

1. EINFÜHRUNG

Die Vorbereitung des Delegationsbesuchs fand unter besonderen Umständen statt. Wegen der Ramadan-Feierlichkeiten und gesetzlicher Feiertage bestätigten die saudischen Behörden erst zu einem sehr späten Zeitpunkt, dass die Delegation das Land gern besuchen könne. Schließlich traf diese Bestätigung zusammen mit dem großzügigen Angebot ein, die Delegationsmitglieder als Gäste im regierungseigenen Conference Palace Hotel unterzubringen. In ähnlicher Weise erfolgte die Bestätigung des Aufenthaltsprogramms nur von einem Tag zum anderen. Vor ihrer Ankunft in Riad kannten die Mitglieder große Teile des Programms nicht. Zusammen mit der hoch gesicherten Hotelunterkunft bedeutete dies für die Delegation, dass sie sich vollständig auf die Protokollabteilung des Shura-Rats, die den allerdings straff überwachten Aufenthalt mit ausgesuchter Höflichkeit regelte, verlassen musste.

Sicherheitsbedenken wurden darüber hinaus sowohl von den saudischen Behörden wie auch von der Delegation der Europäischen Kommission als Hauptargument angeführt, die Bewegungen der Delegation auf sichere Gebiete zu beschränken. Vor diesem Hintergrund waren spontane Treffen und Kontakte zu Mitgliedern der Zivilgesellschaft unmöglich. Anders als in anderen Ländern in der Region konnten die Diensträume der Europäischen Kommission (die kleine Delegation der Europäischen Kommission ist mit einem amtierenden Leiter der Mission und einem Bediensteten auf Zeit zuzüglich Sekretäre schwach besetzt) für diesen Zweck nicht genutzt werden. Am allerletzten Tag gelang es der Delegation, ein informelles Abendessen mit dem unabhängigen Menschenrechtsaktivisten Ibrahim Mugaiteeb, dem Präsidenten der Gesellschaft Human Rights First, zu arrangieren.

Die Delegation wurde in einer Einsatzbesprechung von den Botschaftern der EU umfassend über alle Aspekte der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Saudi-Arabien, die Verhandlungen des Golf-Kooperationsrates (GCC), über Reformaussichten in Saudi-Arabien und die regionale Lage im Nahen Osten unterrichtet. Die Gelegenheit zu eingehenden Gesprächen mit praktisch dem gesamten diplomatischen Korps und anderen politischen Akteuren bot sich der Delegation während eines Empfangs, den der deutsche Botschafter aus Anlass des Besuchs von Außenminister Steinmeier in Riad gab.

2. HAUPTTHEMEN, DIE WÄHREND DER TREFFEN ZUR SPRACHE KAMEN

2.1 Die Rolle Saudi-Arabiens im Nahen Osten

Die Delegation unterstrich wiederholt, dass die Rolle Saudi-Arabiens bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Stabilisierung der Region von der EU hoch geschätzt werde. Erklärtes Ziel saudischer Außenpolitik sei es, den Aufstieg des Iran in der Region in Grenzen zu halten. Syrien gelte als iranischer Erfüllungsgehilfe im arabischen Lager, und Pakistan werde als strategischer Verbündeter betrachtet.

Saudi-Arabien verfolge die Entwicklungen im Irak mit Sorge und sei voller Misstrauen gegen die Regierung Al-Maliki. Gemeinhin werde befürchtet, dass das Königreich nach einer möglichen Aufteilung des Irak auseinanderfallen könnte. Im Hinblick auf die verbesserte Sicherheitslage im Irak behauptet die saudische Seite, dass die Sahwa-Kämpfer eher mit saudischer als US-amerikanischer Hilfe vorgingen.

Andererseits vertreten sie die Auffassung, dass die Truppen der US-Armee den Irak nicht zu früh verlassen sollten.

Verstärkte Kontakte zu China, Indien und Russland belegen, dass Saudi-Arabien bestrebt ist, seine Partner zu diversifizieren. Allerdings zeigt ein noch immer ausstehendes Waffenabkommen, dass die saudisch-russischen Beziehungen sich nicht so rasch entwickeln, wie Russland dies wünscht.

Die Mitglieder des Shura-Rates erkundigten sich nach dem Standpunkt der EU zu Afghanistan und der Möglichkeit der EU, auf die Standpunkte ihrer Mitgliedstaaten Einfluss zu nehmen. Beide Seiten teilten die Auffassung, dass es für Afghanistan keine militärische Lösung gebe, sondern eine Übereinkunft unter Beteiligung aller Akteure gefunden werden müsse.

Viele saudische Gesprächspartner kritisierten die westliche Doppelmoral im Umgang mit dem Nahen Osten und forderten die EU auf, sich stärker für eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu engagieren. Frau Mănescu wies mehrfach nachdrücklich darauf hin, dass Araber und Europäer eine gemeinsame Verantwortung für die Lösung der palästinensischen Frage trügen.

2.2 Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise

Der Delegation wurde berichtet, dass einzelne Geschäftsleute mit den Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise hart zu kämpfen haben. Dennoch sei der saudische Staat weniger als andere Golfstaaten betroffen, da die saudischen Staatsreserven in sicheren Vermögenswerten angelegt seien. Sowohl der Vorsitzende der Delegation als auch die saudische Seite stimmten weitgehend überein, dass eine internationale Regelung für die Beilegung der Krise benötigt werde. Die Gesprächspartner der Delegation, insbesondere im Shura-Rat, äußerten die Hoffnung, dass die Finanzkrise islamische Finanzlösungen attraktiver erscheinen lassen könnte. Während Herr Rovsing den Gesprächspartnern mitteilte, dass er Mitbegründer der ersten islamischen Bank Dänemarks sei, wies Herr Karim darauf hin, dass London anstrebe, zur Hauptstadt der islamischen Finanzwelt zu werden.

2.3 Verhandlungen zwischen der EU und dem Golf-Kooperationsrat über ein Freihandelsabkommen

Die saudischen Gesprächspartner wiederholten ihren Wunsch, das Abkommen 2008 zum Abschluss zu bringen, und verbargen dabei nicht, dass sie der ins Stocken geratenen Verhandlungen müde seien. Der Delegation wurde sogar zu verstehen gegeben, dass ein Abkommen mehr im Interesse der EU als im Interesse des Golf-Kooperationsrates liege. Für Saudi-Arabien sei die Aussetzungsklausel für den Fall von Menschenrechtsverletzungen nicht annehmbar. Sie argumentieren, dass Menschenrechtsverletzungen ein internationales Thema und auf der Ebene der Vereinten Nationen zu behandeln seien und nicht in ein regionales Freihandelsabkommen gehörten.

2.4 Reformen im Justizsektor

Die Delegation lobte die von König Abdullah im Oktober 2007 angekündigte Justizreform, mit der die Einrichtung neuer Fachgerichte und eine verbesserte Ausbildung für Richter und Rechtsanwälte (vgl. Entschließung des Europäischen

Parlaments vom 13. Dezember 2007 zu den Rechten der Frauen in Saudi-Arabien¹) in Aussicht gestellt wurde.

Die derzeitigen Reformbemühungen führen dazu, dass schrittweise neue Konzepte in das saudische Rechtssystem Eingang finden. Die Änderungen stehen überwiegend mit internationalen Verpflichtungen, die Saudi-Arabien eingegangen ist, im Zusammenhang, darunter zur Bekämpfung von Folter, häuslicher Gewalt und Kinderehen. Allerdings gibt es klare Grenzen für die Reform. Die untrennbar im Religionssystem verankerte Scharia als Grundlage des saudischen Rechtssystems wird sich kaum mit dem Rechtssystem ändern.

Da das Recht nicht kodifiziert ist, erscheint der Rechtsrahmen recht undurchsichtig. Saudisches Recht beruht vielmehr auf überlieferten Büchern und Präzedenzfällen (Scharia). Im Justizministerium erfuhr die Delegation, dass mit der Kodifizierung der Scharia vor kurzem begonnen worden sei, und zwar mit der Schaffung eines neuen Strafgesetzbuchs, einer Strafprozessordnung und einer Standesordnung der Rechtsanwälte. Damit solle insbesondere für ausländische Investoren größere Transparenz hergestellt werden. Die Veröffentlichung von Gesetzen und die anhaltenden Bemühungen um die Veröffentlichung einiger Gerichtsentscheidungen stellten eine weitere Maßnahme zur Erhöhung der Transparenz dar.

Die saudischen Gesprächspartner räumten Probleme mit der Strafverfolgung und dem juristischen Untersuchungsverfahren ein und klagten über die Schwäche der Verwaltung, über Korruption und einen geringen Bildungsgrad.

2.5 Bildung

Die Mehrheit der saudischen Bevölkerung ist nach wie vor kaum gebildet, wobei Bildung selbst größtenteils religiöser Natur ist. Eine Bildungsreform im Hochschulbereich ist auf den Weg gebracht worden. Die neu eingerichteten Universitäten orientieren sich zumeist an Vorbildern aus den USA und dem VK. Geplant sind neue Forschungseinrichtungen, darunter ein saudisches „MIT“ in Jeddah. Bis jetzt passen die Bestrebungen im Hochschulbereich nicht mit denen im Bereich der schulischen Bildung zusammen. Die saudischen Behörden sind sich des Problems bewusst, jedoch gestaltet sich die Umsetzung der Reform vor dem Hintergrund der Verteidigung angestammter Interessen als schmerzlicher Prozess. Positiv ist anzumerken, dass nach Aussagen gegenüber der Delegation zwei Drittel der mit einem Stipendium des Königs Studierenden, die ein Studium im Ausland absolvieren, Frauen seien.

Bei einem Treffen mit Lehrern und Studenten der Politikwissenschaft an der King Saud-Universität erlebte die Delegation ein kleines Beispiel der Hochschulbildung vor Ort. Obwohl die Fakultät für Politikwissenschaft seit 2006 als unabhängige Fakultät besteht, erscheint sie neben der vorherrschenden Rechtsfakultät als untergeordnete Teildisziplin. Die islamische Scharia ist im Rechtsstudium Hauptfach, und die religiöse Praxis strukturiert das Leben auf dem Universitätsgelände.

Demgegenüber konnte die Delegation unter den Studenten, die den Mitgliedern berichteten, dass sie sich auf Karrieren im Shura-Rat, dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten oder im Privatsektor (hauptsächlich Banken) vorbereiteten, wenig Reformeifer ausmachen. Obgleich der Delegation mitgeteilt

¹ P6_TA(2007)0631.

wurde, dass die Studenten ihre Vertreter wählen, gibt es keine organisierte politische Betätigung der Studierenden. Herr Karim forderte die Studenten auf, Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und dem System des Internationalen Studentenbundes herzustellen. Überhaupt wurde die Debatte eher vom Lehrkörper als den Studenten getragen. Es wurden Fragen der EU-Politik gegenüber dem Iran, der israelisch-palästinensische Konflikt und der dänische Karikaturenstreit behandelt. Obwohl die Diskussion einen geringen Kenntnisstand europäischer Gegebenheiten offenbarte, bekundete die saudische Seite ihr Interesse an spezifischen EU-Studien und einer Zusammenarbeit in diesem Bereich.

Beim Besuch des König-Faisal-Zentrums für islamische Studien fand die Delegation eine sehr offene Gesprächsatmosphäre vor. Nach einer Erläuterung des Tätigkeitsbereichs des Zentrums standen der Nahostkonflikt, der Atomwaffensperrvertrag und der Iran im Besonderen, der Irak und das Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Golf-Kooperationsrat im Mittelpunkt der Debatte.

2.6 Sicherheit und Terrorismusbekämpfung

Vertreter des Innenministeriums unterrichteten die Delegation über aktuelle Sicherheitsanforderungen und ihre Anstrengungen in der Terrorismusbekämpfung. Ein Hauptaspekt des saudischen Vorgehens bestehe darin, auf die Denkweise der Terroristen mit religiösen Argumenten und Mitteln einzuwirken, um sie auf den „rechten Pfad“ zurückzubringen. Das Ministerium versuche, sich bereits im Stadium der Rekrutierung einzuschalten, um einer Radikalisierung vorzubeugen. Mit einem Wiedereingliederungsprogramm, das eng mit den Familien der Terroristen zusammenarbeite, bemühe man sich um eine nachhaltige Entradikalisierung. Als Teil der Maßnahmen zur religiösen Bekämpfung des Terrorismus erwarten derzeit 991 Personen Gerichtsverfahren nach Scharia-Recht.

2.7 Menschenrechte und Todesstrafe

Saudi-Arabien hat die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte nicht unterzeichnet. Diese Entscheidung wird mit Vorbehalten zu zwei Punkten begründet, dem Recht auf Glaubenswechsel und dem Eherecht.

Die Delegation kam mit zwei Menschenrechtsorganisationen zusammen: der Menschenrechtskommission (HRC), einer vor drei Jahren gegründeten Regierungsorganisation, und der ein Jahr älteren Nationalen Gesellschaft für Menschenrechte (NSHR), die als NRO bezeichnet wird, obwohl sie mit beträchtlicher finanzieller Unterstützung durch den früheren König Fahd gegründet wurde. Merkwürdigerweise traf die Delegation bei den Mitgliedern der HRC auf größere Offenheit und Reformgeist als innerhalb der NSHR.

Mit beiden Organisationen sprach die Delegation über die Allgemeingültigkeit von Menschenrechten, über Untersuchungshaft, die Frage der Staatsangehörigkeit von Kindern, die von Einwanderinnen geboren werden, die Lage ausländischer Arbeitnehmer, über Rechte von Frauen, die Vereinigungsfreiheit, die Menschenrechtsklausel im Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Golf-Kooperationsrat, die große Zahl von Hinrichtungen und grundsätzlich über die Todesstrafe. Die Delegation betonte, dass das Verbot der Todesstrafe für die EU nicht verhandelbar sei. Die saudische Seite räumte ein, dass es für Ausländer schwierig sei, einige Arten der Bestrafung im Königreich zu verstehen, erinnerte aber daran, dass

die Todesstrafe göttliches Recht sei und nur bei Mord und Drogenhandel zur Anwendung komme.

Die saudischen Statistiken zur Todesstrafe, die im weltweiten Vergleich allgemein hoch ausfallen, belegen eine in Schüben erfolgende Entwicklung. Vom saudischen Standpunkt aus stellen weniger Hinrichtungen in der Öffentlichkeit und die Anwesenheit von Ärzten bei der Durchführung anderer körperlicher Strafen spürbare Verbesserungen dar, da der Grundgedanke dieser Strafen Bestandteil der Glaubenslehre ist.

Sowohl HRC als auch NSHR bearbeiten Beschwerden, die von Einzelpersonen an sie herangetragen werden. Seit ihrer Gründung hat sich die NSHR mit ungefähr 13 000 Fällen, darunter Fällen von Häftlingen, von Arbeitnehmern, häuslicher Gewalt usw. befasst. Ihren Aussagen zufolge führte sie in allen von Amnesty International und Human Rights Watch berichteten Fällen die Untersuchungen. Ein neuerer Aufgabenbereich schließt die Überwachung der Wahlen zu den regionalen Gebietskörperschaften ein.

Die HRC, die drei regionale Büros in Riad, Jeddah und Damman unterhält, ist an allen neuen Rechtsvorschriften beteiligt und überprüft die geltenden Rechtsvorschriften auf Einhaltung der internationalen Verpflichtungen Saudi-Arabiens. Sie setzt sich für das Recht von Frauen ein, ein Kraftfahrzeug zu führen.

Die Delegation wurde über die Pläne der Regierung unterrichtet, durch Erziehung und Kommunikation die Kultur der Menschenrechte zu verbreiten.

Die HRC verweist darauf, dass die Prüfung von Menschenrechtsfällen zusammen mit Regierungsbehörden eine Quote von 40-50 % ergeben habe.

In Anbetracht des Interesses der HRC für das Europäische Parlament versprach der Vorsitzende der Delegation den Gesprächspartnern der HRC, dem Unterausschuss für Menschenrechte vorzuschlagen, Verbindung zur HRC aufzunehmen. Darüber hinaus stellte er ihr in Aussicht, ihr Informationen zum Thema Menschenrechte und zum Freihandelsabkommen des Golf-Kooperationsrates zu übermitteln, die der HRC anscheinend nicht bekannt waren.

Die EU-Botschaften in Riad haben eine Sachverständigengruppe für Menschenrechte eingerichtet und den saudischen Behörden einen Dialog angeboten. Eine offizielle Antwort auf dieses Angebot steht noch aus.

2.8 Die Lage ausländischer Arbeitnehmer

Der Vorsitzende der Delegation brachte die Lage von ausländischen Arbeitnehmern regelmäßig zur Sprache. Mit Blick auf den im Vergleich zur Lage in anderen Golfstaaten niedrigen Anteil von ausländischen Arbeitnehmern erwarteten die saudischen Gesprächspartner Verständnis dafür, dass dieses Thema im Königreich keine wichtige Rolle spiele. Sie stimmten jedoch zu, dass der Rahmen für die Anwerbung von Arbeitnehmern im Ausland reformiert werden müsse. Bei den Aussprachen im Shura-Rat über diese Reform werde die Einrichtung einer allgemeinen Unterstützungsagentur für ausländische Arbeitnehmer erwogen, die an die Stelle des derzeitigen Systems treten solle.

Herr Karim forderte die saudischen Behörden auf zu prüfen, ob Kindern ausländischer Arbeitnehmer, die im Königreich geboren werden, die saudische Staatsbürgerschaft verliehen werden sollte, da ihre Herkunftsländer eines Tages womöglich aufhören könnten, Menschen, die nie auf dem Boden des Landes gelebt haben, die

Staatsbürgerschaft zu gewähren. Die saudische Seite betonte, dass die Anwesenheit ausländischer Arbeitnehmern befristet sei und dass die meisten Gastarbeiter das Land nach einigen Jahren wieder verließen.

3. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Delegationsreise nach Saudi-Arabien war ein Informationsbesuch und bot Gelegenheit, den saudischen Behörden einige wichtige Informationen, darunter zu Menschenrechten, zu übermitteln. In Ermangelung einer strukturierten bilateralen Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien und ohne gewählte Abgeordnete als parlamentarische Ansprechpartner blieb der Besuch notwendigerweise ein Höflichkeitsbesuch. Das Bemühen, Brücken zu bauen und Möglichkeiten für einen Dialog zu schaffen, wurde auf saudischer Seite freundlich aufgenommen. Der Mehrwert dieser Reise muss daher darin gesehen werden, dass die Wahrnehmung des Europäischen Parlaments als außenpolitischer Akteur erhöht und der Boden für die Herstellung einer Arbeitsbeziehung in einem späteren Stadium bereitet wurde.

EUROPEAN PARLIAMENT

DELEGATION FOR RELATIONS WITH THE GULF STATES, INCLUDING YEMEN

9TH IPM EP - SAUDI ARABIA

26 - 30 October 2008

LIST OF PARTICIPANTS

Members (4)

	<u>Group</u>	<u>Country</u>
Mr Tobias PFLÜGER , 1st Vice-Chair, Acting Chair	GUE/NGL	Germany
Mr Sajjad KARIM	EPP/ED	United Kingdom
Mr Christian ROVSING	EPP/ED	Denmark
Ms Ramona Nicole MĂNESCU	ALDE	Romania

EPP-ED	Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats
ALDE	Alliance of Liberals and Democrats for Europe
GUE/NGL	Confederal Group of the European United Left - Nordic Green Left

DG III Staff (2)

Mr Stefan KRAUSS	Administrator
Ms Nicole DEVOS	Administrative Assistant

Political group staff (1)

Mr Rupert KRIETEMEYER	EPP Advisor
-----------------------	-------------

Interpreters (3)

Ms Nirvana HASSAN	EN-AR-EN
Ms Khadiga BARRADA	EN-AR-EN
Ms Johanna TYSARCZYK	DE-EN

* * *
*

Accompanying the Members (1)

Ms Cristina COVACI	Ms Manescu's assistant
--------------------	------------------------

EUROPEAN PARLIAMENT

Delegation for relations with the Gulf States, including Yemen

9th interparliamentary meeting EP/Saudi Arabia

26 - 30 October 2008

Riyadh

Programme

Saturday 25 October 2008

Arrival of the Secretariat

Dimanche 26 octobre 2008

Preparatory meeting with EC Delegation (Secretariat only)

Individual arrivals of Members in Riyadh

Members will be welcomed by Mme Antonia Calvo Puerta, Chargée d'Affaires a.i. of the Commission in Riyadh

Transfer to hotel

*CONFERENCE PALACE HOTEL
In front of the Foreign Ministry
Riyadh - Saudi Arabia
Tel: +966 1 4415 000
Fax: +966 1 4413 373*

Monday 27 October 2008

08h00 Departure from the hotel

08h30 Working breakfast with EU Ambassadors

Place: French Residence

10h30-11h30 Meeting with H.E. Dr Abdullah Bin Mohammed Al Sheikh, Minister of Justice

Place: Ministry of Justice

11h45-14h30 Meeting with the Committee for relations with EU of the Shurah Council followed by a lunch

Place: Shurah Council

17h00 Visit of the Musmak Fort

Place: Musmak Fort

Free dinner

Tuesday 28 October 2008

09h30 Departure from the hotel

10h00 Meeting with the National Society for Human Rights, VP Mr. Mefleh al Qahtani

Place: National Society of Human Rights

11h30-13h00 Meeting with students in international relations at the King Saud University

Place: King Saud University

Free lunch

16h15 Departure from the hotel

16h30 Visit of the King Abdulaziz Center (National Museum)

Place: King Abdulaziz Center

18h00 Projection of a slideshow on public security in the presence of a team from the Ministry of Interior

Place: Conference Palace Hotel

20h00-22h00 Reception at the German Embassy (German National Day)

Place: German Residence

Wednesday 29 October 2008

09h30 Departure from the hotel

10h00 Meeting with the Human Rights Commission (Mr Turki al Sudairy)

Place: Human Rights Commission

12h00-15h00 Working lunch offered by the Secretary General of the King Faisal Foundation for Research and Studies, Mr Yehya Mahmoud Ben Jenaid

Place: King Faisal Foundation

20h00 Dinner at the Globe with Mr Ibrahim Al Mugaiteeb, President of the Human Rights First Society

Place: The Globe Restaurant, Al Faisaliah Hotel

Thursday 30 October

Individual departures of Members to Europe